

# 40 Jahre Remseck am Neckar

## Karriere einer Reformgemeinde\*

von Eduard Theiner

Was sollte aus Ludwigsburg werden? Enttäuschung und Bitternis klang aus der Rede von Oberbürgermeister Dr. Ulshöfer zur Feier der Stadtgründung am Abend des 17. Mai 1974. Die Gemeindereform ging ihrem Ende entgegen, und was hatte sie Ludwigsburg gebracht? Von der ursprünglich geplanten Großstadt mit 133 000 Einwohnern war nur mehr ein »Sammelsurium von Halbheiten« übrig geblieben. Mit Poppenweiler und Neckarweihingen war die einstige Residenzstadt schnöde abgepeist worden, weder Möglingen noch Tamm, noch Asperg waren ihr vergönnt. Und jetzt schwand auch die Hoffnung auf Aldingen und Hochdorf. Dabei hatten doch diese beiden Nachbarkommunen aus freien Stücken einen Eingemeindungsvertrag unterzeichnet. Ulm, Heilbronn, Pforzheim waren zu Großstädten geworden; Sindelfingen und Böblingen würden noch folgen, falls sie fusionierten. »Ludwigsburg aber wird zu einer mittleren Provinzstadt absinken«, warnte der Oberbürgermeister. Wenn erst einmal die Phase dieser »sogenannten Reformen« vorüber sei, werde man die Scherben des Vertrauens wegräumen und einen neuen Anfang in nachbarschaftlicher Zusammenarbeit suchen müssen.

Begonnen hatte es ja damit, dass Ministerpräsident Filbinger in seinen Regierungserklärungen von 1967 und 1968 eine umfassende Verwaltungsreform ankündigte, denn »ein gewaltiger Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen und öffentlichen Diensten« habe sich seit Jahrzehnten aufgestaut. Und Alexander Mitscherlich prangerte damals nicht nur die viel zitierte »Unwirtlichkeit unserer Städte« an, sondern er beklagte gleichzeitig »die Zerstörung der an die Städte grenzenden Landschaften«. Im April 1973 veröffentlichte die Landesregierung ein Luftbild als abschreckendes Beispiel für verfehlte Raumplanung und »Zersiedelung einer Landschaft«. Daraufhin große Entrüstung: Die Aufnahme zeigte Ludwigsburg und Umgebung.

Seit Krieg und Wiederaufbau wucherten Industrie und Wohnbebauung weit hinaus ins Umland, scherten sich nicht um Markungsgrenzen, die in ihrer Kleinräumigkeit noch aus den Zeiten der Agrarwirtschaft stammten. Großstädte wurden zu Ballungszentren, Verwaltungs- und Planungsräume deckten sich nicht mehr. Auch die Orte für Arbeiten, Lernen, Wohnen und Freizeit waren nicht mehr identisch wie einst in der bäuerlich geprägten Gemeinde. Bereits 1957 fragte die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einer ganzseitigen Reportage über Neckarremms: »Dorf, mein Dorf – wie lange wird man es überhaupt noch Dorf nennen dürfen?« Hochhäuser erhoben sich und wollten urbane Akzente setzen. Bunte Postkarten zeigten, dass man modernes Wohnen mit dem guten Alten zu verbinden verstand. Stadtflucht und Pendlerströme nahmen zu, verstärkt noch durch private Mobilität. Ums Jahr 1970 machte eine

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrags, der am 11. Januar 2015 beim Neujahrsempfang der Stadt Remseck in der Bürgerhalle Hochberg gehalten wurde.

Angstparole die Runde: »Stuttgart blutet aus«; die Einwohnerzahl drohte unter die 600 000 zu fallen. Wanderungsgewinner waren aber nicht in erster Linie die Mittelstädte. Ludwigsburg zum Beispiel legte von 1961 bis 1970 an Einwohnern 6,1 Prozent zu, der Altkreis Ludwigsburg aber 25 Prozent. Und die Gemeinden des nachmaligen Remseck wuchsen im selben Zeitraum sogar um gut 51 Prozent, wobei die Steige-



*Das alte Rathaus in Neckarremms mit Zierfachwerk von 1915.*

rungsraten von 35 Prozent (Aldingen) bis fast 95 Prozent (Hochdorf) reichten. Die Verwaltungen freilich residierten bis in die 1960er Jahre hinein in Rathäusern, von denen manche den Dreißigjährigen Krieg gesehen hatten. Und während beispielsweise in Neckarremms die Anschaffung einer zweiten Schreibmaschine noch 1961 eines förmlichen Gemeinderatsbeschlusses bedurfte, stand wenige Jahre später die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung an.

### *Starke Gemeinden braucht das Land*

Es galt die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu heben und ihnen gleichzeitig Planungsfunktionen zu übertragen. So ließen sich bessere Voraussetzungen für eine geordnete Siedlungsentwicklung schaffen. Zudem waren die Bedürfnisse der Bürger auch im ländlichen Raum ungleich anspruchsvoller geworden. Schließlich verlangte das Recht auf staatsbürgerliche Gleichbehandlung eben auch gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Ein »Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden« leitete daher am 26. März 1968 die baden-württembergische Kommunalreform ein. Es ermunterte zu Gemeindezusammenschlüssen, führte als neue Organisationsform die Verwaltungsgemeinschaft ein und ermöglichte die Bürgermeisterei (die Bürgermeisterei erlaubte die Verwaltung benachbarter Gemeinden durch einen gemeinsamen Bürgermeister; sie wurde mit Beendigung der Gemeindereform wieder abgeschafft).



*Hochberg mit dem Gewerbegebiet Neckaraue um 1965. Die Schiffsanlände versorgten damals das Stuttgarter Ballungsgebiet mit Baustoffen, schufen selbst aber nur wenige Arbeitsplätze.*

Die Universität Freiburg hatte seit 1966 sämtliche Gemeinden im Land nach ihrer zentralörtlichen Bedeutung klassifiziert, Verflechtungsbereiche definiert und Verdichtungsräume abgesteckt. So konnte die Landesregierung im Oktober 1969 einen ersten Entwurf zur Zielplanung der Kommunalreform vorlegen. Darin war nun die Zusammenfassung aller 3379 Gemeinden in 580 örtliche Verwaltungseinheiten vorgesehen. Der Bereich Rems-Neckar vereinigte die sechs Gemeinden Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen, Neckarremms und Poppenweiler. Ludwigsburg sollte Entlastungsfunktionen für die Landeshauptstadt übernehmen und daher zusammen mit Kornwestheim ein Doppelzentrum bilden, inklusive Asperg, Tamm, Möglingen und Neckarweihingen.

Die beabsichtigte Impulswirkung des Gesetzes trat vorerst freilich nur in Einzelfällen ein. Im Landkreis Ludwigsburg bildeten Anfang 1970 Beihingen, Geisingen und Heutingsheim die Verwaltungsgemeinschaft Gründelbach, das spätere Freiberg. Im Allgemeinen aber fanden die Reformvorschläge wenig Gegenliebe, vielerorts war sogar von »Reformwut« die Rede.

Eine besondere Situation ergab sich in Hochberg und Hochdorf, wo 1969/70 die Bürgermeisterstellen vakant wurden. Daraufhin begannen Fusionsverhandlungen mit Poppenweiler. Der dortige Bürgermeister Werner Schreiber nämlich sah für sich die Gelegenheit gekommen, mittels Bürgermeisterei Chef aller drei Verwaltungen zu werden. Doch die Hochberger ließen die Sache platzen, indem sie noch im Herbst 1969 den 26-jährigen Stadtmratsrat Helmut Schiek aufs Rathaus wählten.

Die Landesregierung hatte ihren Zielplanentwurf vom Herbst 1969 ausdrücklich als »Denkmodell« oder »Orientierungshilfe« deklariert. Eine jahrelange Phase intensiver Erörterung sollte dieses Steuerungsinstrument verdichten und präzisieren, auf dass es nach drei Anhörungsrunden in eine verbindliche Zielplanung münde. Bei der Anhörungsrunde Nummer eins nahmen nun Ende Februar 1970 die Gemeinden Stellung. Immerhin lagen zu diesem Zeitpunkt auch beide Teilgutachten der Dichtel-Kommission vor (benannt nach dem ehemaligen Freiburger Regierungspräsidenten Anton Dichtel, einem der Vorsitzenden der Kommission). Die Reform, so stand dort zu lesen, solle freiwillig erfolgen und von einer großen Mehrheit der Bürger getragen sein; gesetzlicher Zwang »als letztes Mittel« lasse sich aber nicht ausschließen. Und die Mindestgröße für eine leistungsfähige Verwaltungseinheit sei bei 5000 Einwohnern anzusetzen.

### *Runde 1: Das Rathaus im Dorf lassen*

Daraufhin waren die sechs Gemeinden im Verwaltungsraum Rems-Neckar guten Mutes und meldeten unisono nach Stuttgart: Zusammenarbeit ja, aber das Rathaus muss im Dorf bleiben. Schließlich waren die geforderten 5000 Einwohner keine Hürde, wenn man die Wachstumskurven der letzten Jahre kurzerhand mit dem Lineal verlängerte. Auf diese Weise kam man bei den nachmaligen fünf Remsecker Ortsteilen auf 31 000 Einwohner für das Jahr 1990, Poppenweiler war mit weiteren 12 000 veranschlagt. Fusionsprämien gab es bis dato ohnehin nur für Einheitsgemeinden unter 10 000 Einwohnern – ein Hinweis darauf, dass es dem Gesetzgeber zunächst noch um die Reform von Kleinkommunen und um Rationalisierung zu tun war.

Ludwigsburgs Oberbürgermeister Ulshöfer stellte mit Genugtuung fest, dass der Begriff des Verwaltungsraumes noch im Ungefähren geblieben war. Folglich ließ er sich »entsprechend den jeweils gegebenen örtlichen Verhältnissen« ausfüllen. Unersehroffen definierte Ulshöfer den Verwaltungsraum Ludwigsburg-Kornwestheim daher möglichst großzügig: Nicht nur Möglingen, Tamm und Asperg wollte er ihm zugeordnet wissen, sondern ebenso Gründelbach (Freiberg), im Südosten die sechs Orte von Poppenweiler bis Aldingen und zuletzt noch die »übrigen kleineren Nachbargemeinden dieses Gebietes«.

Auf den Rathäusern war man derweil mit der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes von 1965 beschäftigt. Der wollte mit dem Neuaufbau des Volksschulwesens und einem System von Nachbarschaftsschulen die Begabungsreserven vor allem im ländlichen Raum mobilisieren. An Rems und Neckar bestanden seit 1967/68 öffent-

lich-rechtliche Vereinbarungen zum Bau von zwei Hauptschulen, nämlich für Aldingen-Neckargröningen-Neckarrens und für Poppenweiler-Hochberg-Hochdorf. Da brachte Hochberg im Februar 1970 als Variante ein Bildungszentrum für alle sechs Gemeinden ins Spiel. Am 19. April 1970 holte man sich den Geschäftsführer der Städtebau Bietigheim GmbH, Lothar Späth, zu einem Gesprächstermin, der daraufhin ein Standortgutachten erstellen ließ. Poppenweilers Bürgermeister Schreiber allerdings zögerte: Er wollte seine Hauptschule erhalten, und mit einem Bildungszentrum konnte er sich allenfalls auf halbem Weg zwischen Poppenweiler und Hochberg anfreunden, nicht aber im weit entfernten Aldingen im Gewann »Gomperle«.



*Hochdorf um 1965.*

*Die Einwohnerzahl hat sich zwischen 1961 und 1970 nahezu verdoppelt.*

Angesichts dieser ungewissen Lage fühlte Aldingen in die andere Richtung vor. »Mit großem Interesse« vernahmen die Kollegen aus Ludwigsburg und Kornwestheim am 5. November 1970, was Bürgermeister Erhardt ihnen anzubieten hatte: Im Gebiet Grünbühl-Pattonville wollte er das Bildungszentrum etablieren. Zu seinem Einzugsbereich rechnete er die benachbarten Ludwigsburger und Kornwestheimer Stadtteile, aber auch Pattonville, wenn erst einmal die Amerikaner abgezogen wären.

Zu dieser Zeit ging die Kreisreform in ihre Endphase, und nun war auch absehbar, dass Hochdorf beim Landkreis Ludwigsburg bleiben würde. Was die Gemeindereform betraf, so hatten die Regierungspräsidien die Stellungnahmen der Gemeinden ausgewertet und die Zahl der Verwaltungsräume auf nunmehr 558 reduziert. Bereits im Herbst 1970 hatte die Landesregierung als Regelmindestzahl 8000 Einwohner angesetzt, in verdichteten Räumen aber »erheblich mehr«. Folgerichtig war die Förderobergrenze von 10000 Einwohnern gefallen und die Fusionsprämie auf derart üppige Höhen gehoben worden, dass man vom »goldenen Zügel« sprach. Landauf,

landab begannen Eingemeindungsverhandlungen auf breiter Front, in Heimerdingen und Schöckingen zum Beispiel, etwas später in Rielingshausen, Höpfigheim und Unterriexingen. Nicht so im Raum Rems-Neckar, der auch im überarbeiteten Entwurf die hergebrachten sechs Gemeinden vereinte, zum Verdruss von Poppenweiler. Das Innenministerium gestand zwar eine Alternative zu, nämlich die Eingemeindung Poppenweilers nach Ludwigsburg; das aber lief den dortigen Interessen ebenso zuwider. Kurz entschlossen einigte sich der Gemeinderat Poppenweiler im April 1971 darauf, »die Gemeinde selbständig zu erhalten«. Und zwar dadurch, dass die Gemeinde »sich durch eine Großsiedlungsmaßnahme in den nächsten Jahren möglichst auf 10 000 bis 15 000 Einwohner vergrößert«. In derselben Sitzung fiel die Entscheidung, sich am Bau des Bildungszentrums nicht zu beteiligen.

Hochberg, dessen Bürgermeister Schiek ein erklärter Verfechter der Selbständigkeit war, setzte auf denselben Fluchtweg, der da hieß: Wachstum. Mit Neubaugebieten wie »Östlich Silcherstraße« wollte er binnen weniger Jahre die Einwohnerzahl auf 5000 verdoppeln. Hochberg sei leistungsstark genug, um allein bestehen zu können. Im Investitionsplan für die Jahre nach 1971 stand allerdings zu lesen, mit dem Bau der 1,1 Millionen Mark teuren Bürgerhalle habe die finanzschwache Gemeinde ihre finanziellen Möglichkeiten »bis zum Rand« ausgeschöpft.

Trotz alledem: Alle sechs Gemeinden von Aldingen bis Poppenweiler sind guten Mutes und beharren auf ihrer politischen Selbständigkeit, beschwören ihr vielfältiges Geflecht der Kooperation: den gemeinsamen Fachbeamten etwa, den es seit 1956 gibt, und das fünf Jahre jüngere Ortsbauamt. Den Zweckverband für kommunale Dienstleistungen hatte Bürgermeister Birkert aus Neckargröningen bei der Gründung 1967 geradezu eine »Vorstufe für das völlige Zusammengehen« genannt. Mit einem Wort: Die interkommunale Zusammenarbeit war ja bereits in schönem Lauf, und die wollte man gern noch weiter pflegen. Pech nur, dass bereits das Dichtel-Gutachten ein solches Sammelsurium von Zweckverbänden als Zeichen eklatanter Leistungsschwäche deutete. Und im Vertrauen gesagt: Mit der Zusammenarbeit stand es auch nicht immer zum Besten. Schwierig wurde es bereits, als man auf Geheiß von oben endlich einen gemeinsamen Flächennutzungsplan zustande bringen sollte.

### *Runde 2: Zusammenarbeit ja, Fusion niemals*

Mit der siebenstündigen Anhörung aller 59 Kreisgemeinden fand die zweite Runde der Zielplanung im Juli 1971 ihr Ende. Die Stellungnahmen aus dem Verwaltungsbereich Rems-Neckar lauteten zum Verwechseln ähnlich. Der Hochdorfer Gemeinderat etwa ließ verkünden, dass »wir zu jeglicher Zusammenarbeit bereit sind, wenn sie unseren Bürgern effektive Vorteile bringt. Diese Zustimmung beinhaltet allerdings nicht die Aufgabe der politischen Selbständigkeit.« Poppenweiler erinnerte daran, dass es kaum Beziehungen zu Aldingen pflege, umso mehr aber zu Ludwigsburg, und bot sich als »Klammer« zwischen beiden Polen an.

Die großen Nachbarn indes scheinen die Dinge besser zu durchschauen und wittern ihre Chance. Stuttgarts Oberbürgermeister Klett hatte zwar von Anfang an versichert, er wolle »mit seinen Umlandbürgermeistern in Frieden leben« und strebe keine Eingemeindungen an. Andererseits favorisierte er einen erweiterten Stadtkreis. Der sollte Kornwestheim, Aldingen und weitere 20 Gemeinden aus Stuttgarts Nachbarschaft einschließen, doch unter Wahrung ihrer kommunalen Selbständig-

keit. Verfassungsrechtliche Bedenken und überwiegende Ablehnung durch die Umlandgemeinden führten stattdessen 1976 zur Bildung eines Nachbarschaftsverbandes, der 1994 durch den Verband Region Stuttgart ersetzt wurde.

So drohte offenbar von Stuttgarter Seite keine unmittelbare Gefahr. Kornwestheim aber pirscht sich im Oktober 1971 an Aldingen heran. Oberbürgermeister Dr. Pflugfelder gesteht seinem Aldinger Kollegen Erhardt, »in einer gewissen Zeit« erwarte er den Zusammenschluss mit Ludwigsburg. Aus diesem Grund bietet er Aldingen die Eingemeindung an, lockt mit Ortschaftsverfassung und 5 Millionen Mark Fördergeldern. Solchermaßen vereint habe man doch »ein ganz anderes Gewicht«, wenn man dereinst unter das Dach von Ludwigsburg käme. Doch Erhardt lehnt ziemlich brüsk ab: Aldingens Einkaufs- und sonstige Beziehungen richteten sich allesamt zur Behördenstadt Ludwigsburg hin.

Auf den Rathäusern des Kreises Ludwigsburg lag seit geraumer Zeit ein Alternativkonzept zur Zielplanung, datiert mit dem 24. Mai 1971 und ausgearbeitet von Lothar Späth, dem Abgeordneten im Wahlkreis Ludwigsburg II. Der Regierungsentwurf, so Späth, wolle eine Großstadt Ludwigsburg mit 133 000 Einwohnern schaffen. Also habe man in deren Bereich alles »wild hineingepackt«, was nur irgend möglich war. Dabei seien die Entwicklungsmöglichkeiten mancher Gemeinden unberücksichtigt geblieben. Das aufstrebende Möglingen könne mit bald 10 000 Einwohnern ohne weiteres selbständig bleiben. Asperg und Tamm, auch diese beiden expansionsstark, sollten eine Verwaltungsgemeinschaft bilden. Dem Doppelzentrum Ludwigsburg-Kornwestheim blieb nach Späths Entwurf folglich nur mehr Neckarweihingen.

Den Verwaltungsraum Rems-Neckar mit 17 000 Einwohnern dagegen lässt Späth unverändert, er redet sich vielmehr in eine wahre Begeisterung hinein: »Dieser Raum ist geradezu ein Idealfall für eine ›große Verwaltungsgemeinschaft‹, die alle sechs selbständigen, lebensfähigen Gemeinden dieses Bereiches mit den zusätzlichen Dienstleistungseinrichtungen versorgt, die sie allein nicht schaffen können.« Zudem habe man es hier mit »annähernd gleich großen, jedoch stark entwicklungsfähigen Gemeinden ohne ausgeprägten Zentralort« zu tun. Und diese könnten »ohne weiteres auch die Zuständigkeiten einer Großen Kreisstadt erfüllen und schon jetzt weitergehende Zuständigkeiten, etwa im Baurecht oder Bauwesen, wahrnehmen«.

Solch warme Worte kamen nicht von ungefähr. Mit dem Bildungszentrum hatte ja die Städtebau Bietigheim schon im April 1970 einen Fuß in die Tür gesetzt. Zwar ging die Gesellschaft Anfang Juli 1970 in der Neuen Heimat Städtebau auf; Stuttgarter Geschäftsführer war aber nach wie vor Lothar Späth. Mittlerweile hatte er ein Auge auf die Aldinger »Halden« geworfen und schlug diesen Handel vor: Die Neue Heimat Baden-Württemberg werde 1,4 Millionen Mark Erschließungskosten für das Bildungszentrum im »Gomperle« übernehmen, falls sie die Trägerschaft für das Projekt Wohnbebauung »Halden« bekam. Späth leitete die Erwerbsverhandlungen ein und rechnete mit dereinst 6000 Einwohnern auf dem 36 Hektar großen Areal. Ein neuer Ortsmittelpunkt werde hier entstehen, mit Verwaltungszentrum, Erholungsflächen und Dienstleistungen aller Art. Im Februar 1972 kamen die Verträge mit der Neuen Heimat Baden-Württemberg unter Dach und Fach, wobei die Landesplanung argwöhnte, Aldingen strebe »eine rasche Steigerung der Bevölkerungszahl an, um dadurch der Verwaltungsreform zu entgehen«.

Nach der Landtagswahl 1972 kündigte die CDU-Alleinregierung den Abschluss der Gemeindereform für die laufende Legislaturperiode an. Da die üppigen Fusionsprämien den Gemeindefinanzausgleich bereits mit mehr als 100 Millionen Mark



*Das Neubaugebiet »Halden« im Jahr 1980. Im Vordergrund ist das Bildungszentrum zu sehen.*

belasteten, folgte jetzt wie erwartet eine empfindliche Reduzierung, die aber erst im Juli 1973 in Kraft trat. Grund genug für Aldingens Bürgermeister Erhardt, im April 1972 Gespräche über eine Fünferunion anzubieten. Aber selbst bei der Diskussion eines gemeinsamen Flächennutzungsplans blieben Hochberg, Hochdorf und Poppenweiler außen vor, waren sie doch damit beschäftigt, unter sich eine Dreierfusion auszuhandeln. Poppenweilers Bürgermeister Schreiber hatte die Sache im Februar 1972 angestoßen; offenbar befürchtete er nun, dass die Selbständigkeit seiner Gemeinde am Ende doch kippen könnte. Kurz und gut, im Juni lag immerhin eine »Untersuchung und Bestandsaufnahme auf dem Gebiet der Gemeindereform« vor. Deren Fazit: eine doppelte Dreierfusion, hier Hochberg-Hochdorf-Poppenweiler, dort Aldingen-Neckargröningen-Neckarrens. Solch eine Lösung ließe sich wohl eher umsetzen als der Mammutverband zu sechst. Hochdorf habe aktuell (1972) ziemlich genau 2000 Einwohner; 1990 werde man bei 3400 Einwohnern stehen. Gemeinsam mit Hochberg und Poppenweiler seien bis 1990 mindestens 23 000 Einwohner erreichbar.

Mit derartigen Sandkastenspielen ging das Jahr 1972 dahin. Der Reformprozess selbst schien einzuschlafen, wie der vormalige Innenminister Krause im Landtagsplenum monierte. Das böse Erwachen kam, als die Landesregierung am 30. Januar 1973 ihre »Grundsätze zur Zielplanung« vorlegte. Denn Verwaltungseinheiten in verdichteten Räumen sollten jetzt nicht 8000 Einwohner haben, auch nicht 10 000, sondern mindestens 20 000. Nicht einmal die Sechsergemeinschaft – inklusive Poppenweiler – hätte eine solche Hürde genommen.



### *Runde 3: Einheitsgemeinde und nichts anderes*

Aber es sollte noch heftiger kommen. Per Erlass vom 15. März 1973 legte die Landesregierung ihre nunmehr endgültige, verbindliche Zielplanungskarte vor. Durch eine Indiskretion der Stuttgarter Nachrichten wurde das neue Regierungskonzept bereits am 9. März bekannt: Um Stuttgart herum gab es statt der bisherigen 71 Städte und Gemeinden jetzt nur mehr einen Kranz von 23 Kommunen. Als starke Partner sollten sie das Stadt-Umland-Problem lösen. Die neue Landkarte sah nun so aus: Asperg und Tamm bildeten einen eigenen Verwaltungsraum und waren folglich für Ludwigsburg verloren, das sich jetzt mit Neckarweihingen, Möglingen und Poppenweiler begnügen sollte. Der Verwaltungsraum Aldingen bestand mithin nur mehr aus fünf Teilen: aus Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Neckarrems.

Poppenweilers Bürgermeister Schreiber drohte in seinem Grimm, einen Mistwagen vor den Landtag zu karren. Hatte er doch in Änderungsanträgen zum Regierungskonzept hartnäckig die Herauslösung aus der Sechserunion verfolgt. Eine Verwaltungsgemeinschaft mit Ludwigsburg wollte er ja noch hinnehmen, um Poppenweilers Selbständigkeit wenigstens teilweise zu retten. Aber die Zielplanung ließ jetzt in besagtem Nahbereich von Stuttgart – »grüner Kreis« genannt – ausschließlich Einheitsgemeinden zu. Indes verkündete Schreiber unbeirrt: »Ich ventiliere vielerlei Möglichkeiten, um bei gesetzlichen Sanktionen die Wahl zu haben.« Nur eines stehe für ihn fest: Poppenweiler werde nicht im Rucksack von Aldingen nach Stuttgart gehen. Eine Fusion mit Hochberg und Hochdorf erschien jetzt als das kleinere Übel. Notfalls musste man eben versuchen, aus dem »grünen Kreis« herauszukommen, dann genügten bereits 8000 Einwohner. Ein neues Zentrum sollte in der geographischen Mitte entstehen, im »Altach«. Sollte diese Dreierlösung nicht gelingen, wollte Schreiber eine Verwaltungsgemeinschaft mit Marbach anstreben, um der gefährlichen Nachbarschaft Stuttgarts zu entgehen. Rolf Schöck, der Ludwigsburger Abgeordnete, machte da freilich wenig Hoffnung. Anders sein Kollege Hans Beerstecher aus Kornwestheim, der ohnehin gegen die Zielplanung opponierte, weil sie den Raum Ludwigsburg zerreiße. Ein einheitlicher Planungsraum, so Beerstecher, lasse sich auch ohne Eingemeindungen verwirklichen. Am Ende aber half alles Taktieren nichts: Poppenweiler ging an Ludwigsburg.

Im Aldinger Raum markierten mäßig besuchte Bürgerversammlungen mit kargem Wortgeplänkel das Ende dieser dritten Zielplanungsrunde. Und die Stellungnahmen der Gemeinderäte vom April 1973 konnten kaum unterschiedlicher sein: Aldingen und Neckargröningen fanden Gefallen am Regierungskonzept, wenngleich man lieber Poppenweiler mit im Boot gehabt hätte. Neckarrems drang auf Selbständigkeit; schließlich bringe die Reform weder mehr Bürgernähe, noch hebe sie die Leistungsfähigkeit. Und überhaupt: Leistungsfähig sei Neckarrems schon jetzt, das bewiesen die Investitionen der letzten Jahre. Sollte es aber wider Erwarten durch gesetzliche Maßnahmen zur Fünferunion kommen, so müsse Neckarrems Verwaltungssitz werden, allein schon wegen seines neu erbauten Rathauses in zentraler Lage. Hatte doch Landrat Hartmann schon bei der Grundsteinlegung 1970 vorausgesagt, dass dieser Neubau »vielleicht einmal nur Teil einer größeren Verwaltungseinheit sein werde«. Hochberg und Hochdorf aber ließen wissen: Als Verwaltungssitz sei Aldingen für sie zu abseitig, da lägen sie doch am »hinteren Zipfel eines Schlauches«. Noch schmiedeten sie ja ihre Zukunftspläne mit Poppenweiler, allerdings jeder nach seinem Gusto: Hochdorf schloss auch eine Einheitsgemeinde nicht aus, die beiden Partner wollten eine Verwaltungsgemeinschaft, um nicht in den Raum Aldingen gezogen zu werden.

Das Innenministerium tat ob dieser Meinungsvielfalt sein Missfallen kund und redete Klartext: Zwei Dreierlösungen seien unter keinen Umständen genehmigungsfähig. Wenn jetzt von den Gemeinden nicht endlich konstruktive Beschlüsse kämen, werde man kurzen Prozess machen und alle fünf auf die Nachbarn verteilen.

Und die lagen nach wie vor auf der Lauer. Kornwestheim, eben erst Ludwigsburgs Fängen entronnen, wollte dem »düsteren Expansionsdrängen« seines Rivalen zuvorkommen und erhob Anspruch auf Aldingen, inklusive Pattonville und Sonnenberg. Schließlich gab es einen Landtagsbeschluss von 1956, wonach Kornwestheim »unbedingt« und »in Bälde« einen Markungsausgleich für das ausgemeindete Grünbühl erhalten müsse. Und weil der Rest ohnehin nicht überleben würde, wollte man Neckargröningen und Neckarrems gleich dazu haben. Ludwigsburg könne sich dann ja Hochberg samt Hochdorf einverleiben.

Doch so billig ließ Ludwigsburg sich nicht abspeisen. Während sein Kornwestheimer Kollege Pflugfelder vor der Presse derlei Gedanken zum Besten gab, machte Oberbürgermeister Ulshöfer Nägel mit Köpfen. Mit der Vokabel »Eingemeindung« ging Ludwigsburg stets vorsichtig um. Denn nicht eine höhere Einwohnerzahl oder ausgedehntere Markung sei das Ziel, sondern lediglich »die Schaffung eines größeren Planungs- und Investitionsraumes«. Lediglich ein bescheidenes »Gesprächsangebot« war es daher, was den Rathäusern im Juni 1973 auf den Tisch kam. Ulshöfer pries darin die bisher bereits »gut-nachbarliche und kollegiale Zusammenarbeit«, aus der sich doch problemlos engere Bande knüpfen ließen. Eines freilich war klar: Würde auch nur eine Gemeinde herausgebrochen, so zerfiel der ganze Fünferverband, da er ohnehin weit unter dem Limit von 20000 Einwohnern lag. Doch dann bekam Ludwigsburg eben Aldingen und Hochdorf, den Rest konnte Kornwestheim haben. Und so machte jetzt das böse Wort von der »Aufteilung der Beute« die Runde.

Die Freiwilligkeitsphase der Gemeindereform war unterdessen bis zum 1. Juli 1974 verlängert worden. Wie das Beispiel Poppenweiler zeigte, bewegte sich diese Freiwilligkeit in einem äußerst eng abgesteckten Rahmen. Der Gemeindetag stellte denn auch fest: Die Zielplanung sei zwar als Orientierungshilfe deklariert; durch den Genehmigungsvorbehalt habe sie aber in der Verwaltungspraxis absolute Verbindlichkeit erreicht. Und bei der Anhörung der Kreisgemeinden am 14. Juni 1973 im Stuttgarter Hotel »Herzog Christoph« mahnte der neue, dynamische Innenminister Schiess die versammelten Kommunalpolitiker gleich zu Beginn: Er werde das Regierungskonzept mit allen Mitteln verteidigen, auch wenn er im Moment nur ein Taschenmesser bei sich trage. Den »Herrn aus dem Raume Aldingen« aber rief er zu: »Springen Sie über den Schatten der Selbständigkeit!« Hochbergs Bürgermeister Schiek notierte andern tags enttäuscht, die Anhörung habe lediglich den Zweck gehabt, »den demokratischen Schein zu wahren«. Und sein Hochdorfer Kollege Schneider vermerkte in einer Aktennotiz resigniert: »Der Raum Aldingen wird von der Regierung unbedingt gehalten. Die Herausnahme auch nur einer Gemeinde wird nicht möglich sein. Poppenweiler wird mit aller Sicherheit nicht dazu gehören, da es bei der Anhörung klar und deutlich sagte, dass es mit Aldingen nichts zu tun haben wolle.«

Im Oktober 1973 brachte das Kabinett die Schlussgesetzgebung ein. Und im Paragraphen 31 des Entwurfes zum Gemeindereformgesetz Mittlerer Neckar stand nun kurz und bündig zu lesen: »Aus den Gemeinden Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Neckarrems wird die neue Gemeinde Aldingen gebildet.« Am

25. Oktober 1973 verabschiedete der Landtag ein »Vorschaltgesetz«, das die im Herbst 1974 fälligen Gemeinderatswahlen auf den 20. April 1975 verschob und bis Ende 1974 eine Wahlsperre für Bürgermeister verhängte. Schiek gelang noch rechtzeitig der Wechsel nach Bad Liebenzell, so dass ab Januar 1974 Werner Kuhn als Amtsverweser Chef im Hochberger Rathaus war.

Jetzt lief die Zeit. Aus Hochberg hatte Oberbürgermeister Ulshöfer sich mit seinem Annäherungsversuch eine glatte Absage geholt. Hochdorf aber schickte am 26. Oktober 1973 eine vierköpfige Abordnung ins Ludwigsburger Rathaus, auf dass sie »gemeinsam berührende Fragen« erörtere. Das Ergebnis war für Bürgermeister Schneider ernüchternd, denn: »Die Aussichten zur Genehmigung einer Eingemeindung von Hochdorf nach Ludwigsburg werden auch von Ludwigsburger Seite aus als sehr gering bezeichnet. Die Zielplanung gilt behördenintern als verbindlich.«

### *Alle fünf ins Boot!*

Dies war eine heilsame Erfahrung. Sie trug jedenfalls dazu bei, dass im November 1973 erstmals eine Fünferunion ernsthaft zur Diskussion stand. Die Initiative geht nun von Hochberg aus. Amtsverweser Werner Kuhn lädt die fünf Gemeinderatsgremien allesamt auf den 13. November 1973 in die Bürgerhalle ein. Landrat Hartmann leitet die Debatte; und siehe da: Am Ende erhebt sich nicht eine Stimme gegen die geplante Fusion.

Man bildet einen Koordinationsausschuss aus Vertretern der fünf Ortsparlamente, und dieser Ausschuss tagt zum ersten Male am 26. November im Musiksaal der Aldinger Schule. Als Verhandlungsgrundlage haben die fünf Bürgermeister ein dreizehnseitiges Arbeitspapier vorbereitet; sein Titel: »Modellüberlegungen für eine Einheitsgemeinde«. Die Verwaltung soll demnach in den Rathäusern von Neckarrems und Neckargröningen sitzen, und man macht sich Gedanken über die Aufteilung des Personals. Die weiterführenden Schulen will man im Bildungszentrum »Gomperle« zusammenfassen, das gerade im Bau steht, und den neuen Gemeindefür den Namen wird ein Ideenwettbewerb liefern. Vordringlich ist es auch, den Nahverkehr untereinander auszubauen, so dass schon in der Dezember-Sitzung von einer Stadtbahn die Rede ist.

Die Schwierigkeiten begannen, sobald man ins Detail ging, sich an die organisatorischen Fragen machte. Immerhin lag im Januar 1974 der zweite Entwurf einer Fusionsvereinbarung vor. Er rückte von der ursprünglich beabsichtigten Ortschaftsverfassung ab und favorisierte die unechte Teilortswahl. Vorerst offen blieb der Name für die neue Gemeinde. Die Verwaltung sollte ihren Hauptsitz in Neckarrems haben, weil das dortige Rathaus die meisten Arbeitsplätze bot. Und am Ende gelobte man, die kulturelle Eigenständigkeit der Ortsteile zu wahren.

Mit Unbehagen sah indes die Landesregierung dem 20. Januar 1974 entgegen, dem Tag der gesetzlich vorgeschriebenen Bürgeranhörung zur Kommunalreform. Die Bevölkerung hielt das Prozedere allgemein für überflüssig, da es rechtlich nicht bindend war und ohnehin alles beschlossene Sache zu sein schien. So gab es für die Fünferunion zwar ein 60-Prozent-Votum, allerdings bei mehr als dürftiger Abstimmungsbeteiligung. In Aldingen, wo man sich in der künftigen Führungsposition sah, machten die Ja-Stimmen 70 Prozent aus, ähnlich in Neckarrems. Neckargröningen zeigte sich gespalten bei 50 Prozent, in Hochberg und Hochdorf entschlossen sich nur wenig mehr als 30 Prozent zum Ja.

Acht Tage später, am 28. Januar 1974, legte Ministerpräsident Filbinger dem Landtag das Dritte Gesetz zur Verwaltungsreform im Entwurf vor. Die Sicht auf den Verwaltungsraum Aldingen liest sich hier so: »Die in günstiger Entfernung zur Landeshauptstadt wie zu den Städten Kornwestheim und Ludwigsburg überwiegend im Neckartal gelegenen Gemeinden Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Neckarrems sind Wohngemeinden. Infolge ihrer Lage zwischen den von Stuttgart nach Norden und Osten verlaufenden Verkehrsachsen hat der Verdichtungsprozess hier noch nicht zu einem durchgängigen Siedlungsband geführt; ein weiteres Anwachsen der Bevölkerung ist jedoch zu erwarten. Bei der Anhörung haben sich die Bürger von Aldingen und Neckarrems für, die Bürger von Hochberg und Hochdorf gegen den vorgesehenen Zusammenschluss ausgesprochen. In Neckargröningen hielten sich Für und Wider die Waage. Bemerkenswert war die sehr geringe Abstimmungsbeteiligung in allen fünf Gemeinden, sie reichte von 17,6 Prozent in Neckarrems bis 32,2 Prozent in Aldingen. Im Hinblick auf die relativ geringen Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden und die gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben wie der Errichtung eines gemeinsamen Bildungszentrums und die Schaffung öffentlicher Einrichtungen, die die Stadt Stuttgart entlasten können, ist die Vereinigung der fünf Gemeinden zu einer neuen Gemeinde erforderlich. Teillösungen sind nach Auffassung der Landesregierung zu schwach, um sich auf Dauer am Rande der großen Städte behaupten zu können.«

Die Landesregierung nahm also das Abstimmungsverhalten durchaus zur Kenntnis. Möglingen zum Beispiel mobilisierte damals 73 Prozent der Wahlberechtigten, und von denen stimmten 95 Prozent gegen eine Eingliederung nach Ludwigsburg, die damit tatsächlich vom Tisch kam. Aus Stuttgart hieß es dazu: Ludwigsburg besitze zwar keine üppige Markung, das sei richtig; dennoch erfreue sich die Stadt nach wie vor guter Entwicklungsmöglichkeiten nach allen Himmelsrichtungen. Für den Wohnungsbau stünden 100 Hektar, für Gewerbe 15 Hektar zur Verfügung; dazu kämen nun in den Stadtteilen Neckarweihingen und Poppenweiler weitere Flächen. Ohnehin liege die Zukunft der Stadt nicht in immer weitergehender Industrialisierung, sondern im Ausbau des Dienstleistungssektors. Und dabei müsse man sich mehr auf die Innenentwicklung konzentrieren.

Doch wie man es auch wenden mochte: Die letzte Chance, den Ludwigsburger Raum zu stärken, war damit vertan, die 100 000-Einwohner-Marke, der Status einer Großstadt, war verfehlt. Während Bietigheim seine Einwohnerzahl durch die Gemeindereform um 86 Prozent steigerte, waren es im Falle Ludwigsburgs dürftige 11 Prozent.

Doch zurück zu Aldingen samt Partnern. Die Verhandlungen im Koordinationsausschuss kamen nur sehr mühsam voran. Und über die Ergebnisse war man geteilter Meinung. Optimisten glaubten schon, man stehe kurz vor dem Durchbruch. Bürgermeister Erhardt indes erklärte seinem Gemeinderat am 13. Februar 1974: Eine Einigung sei wohl möglich, aber eben unter wesentlicher Beeinträchtigung der Aldinger Interessen. Streitpunkt Nummer eins war von da an die dezentrale Aufteilung der Verwaltung.

### *Nach Ludwigsburg?*

Erhardt verriet in jener nichtöffentlichen Sitzung aber auch, dass er tags zuvor beim Ludwigsburger Landtagsabgeordneten Rolf Schöck vorgefühlt habe »wegen einer anderen Lösung«. Und der CDU-Mann habe ihm – wen wundert's – versichert, dass

die Stadt Ludwigsburg nicht abgeneigt sei, Eingliederungsverhandlungen zu führen, war doch Schöck gleichzeitig Stadtrat in Ludwigsburg. Mit 10 gegen 2 Stimmen entschied sich der Aldinger Gemeinderat nun, diesen Weg zu gehen.

Die Presse bekam Wind von den vertraulichen Verhandlungen. Die misstrauischen Kornwestheimer witterten schon am 20. Februar Unheil, und die Ludwigsburger Kreiszeitung machte anderntags, am 21. Februar, mit der Schlagzeile auf: »Aldingen sieht in der Fünferunion ein nicht lebensfähiges Gebilde«. Die Begründung: Weil Nahverkehrseinrichtungen und innerörtliche Straßenverbindungen fehlten, weil es keinen attraktiven Stadtkern gab, hatte eine Fünferunion keine Zukunft. Und bei freiwilliger Eingemeindung winkten Aldingen binnen fünf Jahren 7,4 Millionen Mark staatlicher Zuwendungen. Genau betrachtet floss diese Summe freilich auch in einer Fünferunion Aldingen zu, weil die Gelder aus dem gesetzlichen Finanzausgleich kamen und beileibe kein Geschenk der Ludwigsburger Stadtkasse waren. Aber allein der verheißene Millionenbetrag scheint die Verhandlungen beflügelt zu haben, denn laut Stuttgarter Nachrichten war man sich bereits »nach drei Stunden einig«. Bürgermeister Erhardt machte keinen Hehl aus seinen finanziellen Blühträumen: In einer Fünfergemeinschaft sei Aldingen nur Verlierer, müsse als Zahlmeister herhalten. Denn seine Wirtschaftskraft liege bei 635 Mark pro Kopf und übertreffe damit selbst Ludwigsburg deutlich. Der Kreisdurchschnitt berechne sich auf nur 525 Mark je Einwohner, während Hochdorf ganz abgeschlagen bei 400 Mark liege.



*Das Verhältnis zu den Nachbarn war schon Mitte der 50er Jahre ein Thema. Mit diesem Festwagen beteiligten sich die Aldinger 1954 am Festzug zu Ludwigsburgs 250-Jahr-Feier. Raubtiere namens Stuttgart und Ludwigsburg haben es auf Kirche und Schloss Aldingen abgesehen, reißen gierig ihre Mäuler auf. Doch ein Schild an der Schmalseite warnt: »Hier beißt Ihr Euch die Zähne aus!«*

Der Hochdorfer Gemeinderat tagte sofort nach Bekanntwerden der neuen Entwicklung am 21. Februar 1974 und sah nun dreierlei Möglichkeiten: Entweder die zwangsweise Eingemeindung nach Ludwigsburg, weil die verwaisten vier Gemeinden kommunalpolitisch nicht überleben konnten. Oder den freiwilligen Anschluss an Ludwigsburg, wobei vier Millionen Mark an staatlichen Zuwendungen winkten. Und drittens die Fünferunion. Dann gab es zwar eine Fusionsprämie; ungewiss war aber, wie viel davon nach Hochdorf fließen würde. So war das Ganze auch am Zipfelbach letztlich ein Rechenexempel, und folglich beschloss der Gemeinderat am 22. Februar 1974, mit Ludwigsburg zu verhandeln, sobald Aldingen definitiv ausgesichert sei.

Unterdessen rauschte der Blätterwald; Aldingen habe sich zum »Opferlamm« für Möglingen gemacht, lautete einer der Vorwürfe in den Leserbriefen. Und würde es denn unter der Ludwigsburger Decke besser sein? Würde ein Aldinger Vorstadtbürger je die erforderlichen 6000 Stimmen für einen Sitz im Ludwigsburger Rat erreichen?

Erhardt rechtfertigte seine Kehrtwendung: Gewiss, die Fünferunion war bei der Bürgeranhörung vom 20. Januar mit knapp 60 Prozent befürwortet worden. Angesichts der miserablen Abstimmungsbeteiligung von 24,3 Prozent könne er darin aber keine überzeugende Mehrheit sehen. Und überhaupt: Im Koordinationsausschuss sei die Zusammenarbeit mühsam und unerquicklich gewesen. Als größter und stärkster Partner habe man gegen die vier kleineren bei jeder Gelegenheit den Kürzeren gezogen. Kaum ein gutes Haar lässt Erhardt an der viel gepriesenen interkommunalen Zusammenarbeit. Wohl hatten sich der gemeinsame Fachbeamte und das Ortsbauamt bewährt, nun aber waren sie nicht weiter entwicklungsfähig. Der Zweckverband für kommunale Dienstleistungen habe enttäuscht, betreibe nur mehr die Straßenreinigung. Nicht zu reden vom Zweckverband Bildungszentrum, der auch nur Scherereien und Streit bringe, wenn es um finanzielle Leistungen geht. Kurzum: »Die Grenzen einer gemeinsamen Entwicklung sind immer wieder sichtbar geworden daran, dass keine Gemeinde auf ihre Rechte verzichten wollte.«

Vielleicht war der Schwenk nach Ludwigsburg also eine bloße Trotzreaktion. Vielleicht spielten aber auch persönliche Gründe herein. Erhardt hatte wegen Krankheit nicht an den Sitzungen des Koordinationsausschusses im November 1973 teilnehmen können. Margarete Whittome, die zusammen mit ihrem Gemeinderatskollegen Ohlhausen – beide CDU-Fraktion – gegen Ludwigsburg votiert hatte, berichtete dazu dem Verfasser wenige Wochen vor ihrem Tod 2015: Während seines Krankenhausaufenthaltes seien Erhardt Bedenken wegen des »Halden«-Projektes gekommen. Er habe befürchtet, Aldingen werde damit überfordert sein und brauche einen starken Partner. Albert Erhardt, damals 61 Jahre alt, wollte sich nach vollzogener Gemeinde-reform erklärtermaßen zur Ruhe setzen. Anders jedenfalls die Perspektive seiner jungen Kollegen, die erst wenige Jahre im Amt waren: Rainer Hahn (Neckarrens), Gert Birkert (Neckargröningen), Richard Schneider (Hochdorf) und Werner Kuhn (Hochberg).

Doch wie dem auch sei: Eine Eingemeindung, ein Ausbrechen aus dem Regierungskonzept ließ sich nur mehr auf der politischen Schiene erreichen, durch Kabinetts- oder Landtagsbeschluss. Daher hatte Erhardt, wie berichtet, am 12. Februar 1974 beim Abgeordneten Schöck vorgefühlt, denn am 19. Februar 1974 ging die CDU-Fraktion nach Bad Herrenalb in Klausur. Von dort brachte Schöck nun aber die Botschaft mit, es sei beschlossene Sache, »die Regierungsvorlage mit der Fünferunion einmütig zu vertreten. Die Eingemeindung Aldingens oder Hochdorfs habe also keine Chance.« Bei einer Diskussion in Aldingen vor 500 Zuhörern erntete

Schöck denn auch nur Buhrufe und Pfiffe und kam erst gar nicht zu Wort. In Hochdorf durfte er zwar sprechen, stand aber vor fast leerem Saal; lediglich drei Dutzend Zuhörer waren gekommen.

Jetzt warf sich der Ludwigsburger Oberbürgermeister in die Bresche und ging bis zum Innenminister. Daraufhin ließ Schöck immerhin durchblicken, auch er wolle sich für Aldingen und Hochdorf verwenden; unter der Bedingung allerdings, dass bei der Bürgeranhörung am 21. April 1974 ein deutliches Votum für Ludwigsburg herauskomme. Das war zwar der Fall: In Hochdorf stimmten 81 Prozent mit Ja, in Aldingen knapp 63 Prozent. Doch das Bürgerinteresse blieb selbst angesichts dieser brisanten Entscheidung dürftig: In Aldingen lag die Beteiligung bei 53, in Hochdorf gar nur bei 30 Prozent.

Mittlerweile war beiden Gemeinden ein weiterer Fürsprecher erwachsen. Der SPD-Abgeordnete Hans Beerstecher aus Kornwestheim brachte im Parlament einen Antrag



*Die Stuttgarter Zeitung nannte es ein »Reformtheater«, das bis zum letzten Akt durchgespielt werde: Bürgermeister Erhardt (links) und Oberbürgermeister Dr. Ulshöfer unterzeichnen am 14. Juni 1974 den Vertrag zur Eingemeindung Aldingens nach Ludwigsburg.*

auf Änderung des Gemeindereformgesetzes Mittlerer Neckar ein, mit dem Begehren: Aldingen, Hochdorf und Poppenweiler seien selbtritt der Stadt Ludwigsburg zuzuschlagen. Am 30. Mai 1974 aber verwarf der Landtagsausschuss für die Verwaltungsreform Beerstechers Antrag. Denn was sollte mit Neckargröningen, Neckarrens und Hochberg geschehen? Das Trio wäre eingeklemt gewesen zwischen den Stadtgrenzen Stuttgarts und Ludwigsburg und der Kreisgrenze Rems-Murr. Eine sinnvolle Weiterentwicklung im Schatten solcher Hünen war unmöglich. Obwohl die Sache damit im Parlament keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte, beschloss der Hochdorfer Gemeinderat dennoch mit 8:3 Stimmen, weiterhin die Eingemeindung nach Ludwigsburg zu betreiben.

Die Verwaltungschefs von Hochberg, Neckargröningen und Neckarrens forderten indes ihre abtrünnigen Nachbarn auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Aldingen weigerte sich. Hochdorfs Bürgermeister Schneider folgte der

Einladung und geriet prompt in scharfe Kritik; hatte er doch damit gegen den Willen seines Gemeinderates verstoßen. Zu viert also fixierte man nun am 4. Juni 1974 jenen neuerlichen Entwurf einer Fusionsvereinbarung, der dann als »Hochberger Papier« ein Begriff wurde. Er kam den Aldinger Wünschen weitgehend entgegen; die kritischen Punkte reduzierten sich wiederum auf diese zwei Fragen: Soll die neue Gemeinde den Namen »Aldingen« tragen, und wo wird die Hauptverwaltung ihren Sitz haben? Als am 11. Juni 1974 die Gemeinderäte in die Hochberger Bürgerhalle eingeladen sind, fehlt Aldingen abermals. Von Bürgermeister Erhardt kommt die Botschaft: »Wir lassen es darauf ankommen, und wenn die Fusionsprämie zum Teufel geht!« Und tatsächlich unterzeichnet Aldingen drei Tage später, am 14. Juni 1974 um 11 Uhr, den Eingemeindungsvertrag nach Ludwigsburg.

Damit gerät Hochdorf in Zugzwang. Denn die Freiwilligkeitsphase der Gemeinde-reform endet am 1. Juli 1974, in gut zwei Wochen. Am 18. Juni, vier Tage nach Aldingen, geht auch Hochdorf den Weg nach Ludwigsburg und folgt damit dem Bonmot eines Bürgers: »Wenn wir uns schon fressen lassen, dann lieber von einem Bernhardiner als von einem Dackel!«

### *Der Landtag entscheidet*

Die Sache wäre nun so weit perfekt gewesen; fehlte nur noch der Segen aus Stuttgart. Die Wünsche der Bürger könne der Landtag doch nicht totschweigen, war allenthalben zu hören. Und man klammerte sich an die Hoffnung namens Beerstecher. Dessen Antrag wird mittlerweile von der zweiten Oppositionspartei, der FDP/DVP, unterstützt. Am 25. Juni 1974 berät der Landtag in zweiter Lesung das Gemeindereformgesetz Mittlerer Neckar. Um 10.05 Uhr hat die Sitzung begonnen, bis 22.46 Uhr wird sie dauern. Nach einer Pause ist um 19.55 Uhr der Landkreis Ludwigsburg an der Reihe und mit ihm der Verwaltungsraum Aldingen. Der Abgeordnete Oskar Marczy aus Böblingen bringt für die FDP/DVP den Antrag auf Eingemeindung Aldingens und Hochdorfs ein. Innenminister Schiess hält dagegen: Die Regierung sei immer sehr stolz auf die Fünferlösung mit Aldingen gewesen. Denn sie schaffe einen homogenen Raum zwischen den beiden Achsen, die nach Norden und Nordosten gehen. »Auch der Struktur nach passen diese Gemeinden hervorragend zueinander.« Breche man zwei heraus, dann komme man zu einer unerwünschten Kleinlösung. Und es entstehe damit um Kornwestheim ein regelrechter »Fangarm«. Also: Ablehnung des Antrags Marczy.

Daraufhin stellt Beerstecher seinen Eventualantrag, der da lautet: Aldingen und Hochdorf seien nach Ludwigsburg einzugemeinden, und zwar unter der Voraussetzung, dass Hochberg, Neckargröningen und Neckarrems sich in einer Bürgerabstimmung ebenfalls für die Eingemeindung nach Ludwigsburg aussprechen. Daran aber gebe es keinen Zweifel, da auch diese drei Gemeinden völlig auf Ludwigsburg hin orientiert seien.

Der Abgeordnete Späth hatte die ganze Debatte hindurch nur Zwischenrufe von sich gegeben. »Morgen ist wieder Weltmeisterschaft!«, erinnerte er beispielsweise das Hohe Haus daran, dass Franz Beckenbauers Mannschaft im Viertelfinale der Fußball-WM 1974 stand. Nun aber tritt Späth ans Rednerpult. Vom Dienstleistungsverband bis zum Bildungszentrum zählt er alles auf, was die fünf Orte jetzt schon verbindet. In der Schlussphase der Gemeindereform habe man sich eben ein wenig



auseinandergelebt; das werde sich rasch wieder geben. Daraufhin Abstimmung im Plenum: Die Regierungsvorlage wird mit Mehrheit angenommen, der Antrag Beerstecher und Genossen ist abgelehnt.

### *Das Finale: Viereinhalb Stunden vor Toresschluss*

Die 3. Lesung wird daran nichts ändern, schließlich bleiben bis zum 1. Juli 1974 nur noch sechs Tage Frist für eine freiwillige Fusion. 1,2 Millionen Mark Prämie stehen auf dem Spiel. Hochberg, Neckargröningen und Neckarremms ergreifen die Initiative. Auch Hochdorf eilt wieder zur Fahne. Als sich die Gemeinderatsgremien der vier Orte am 28. Juni im Neckarremser Rathaus treffen, bleibt Aldingen fern und schmolzt: Man werde nicht von seinen altbekannten Bedingungen abgehen; die neue Gemeinde habe für alle Zeiten den Namen Aldingen zu tragen. Und zumindest vorläufig müsse Aldingen auch Sitz des Bürgermeisters sein.

Immerhin unterschreiben bereits an diesem Tag, dem 28. Juni 1974, die Chefs der Hochberger und Neckarremser Verwaltung den Vertragsentwurf. Tags darauf, es ist Samstag, der 29. Juni, rückt der Aldinger Gemeinderat in einem entscheidenden Punkt von seinen Forderungen ab: Das Neckarremser Rathaus mag bis auf weiteres Verwaltungssitz werden; ebenso lange aber müsse die Reformgemeinde den Namen Aldingen tragen. Doch selbst auf dieser Basis lässt sich noch kein Einvernehmen herstellen, trotz intensiver persönlicher und telefonischer Gespräche das ganze Wochenende über. Die Bürgermeister von Hochdorf und Neckargröningen setzen am Sonntag, dem 30. Juni, ihre Unterschrift unter den Vertrag. Aldingen fehlt noch immer. Ist die freiwillige Fusion also doch gescheitert?

Man will es auf einen letzten Versuch ankommen lassen. Am Montag, dem 1. Juli 1974, melden sich die vier Kollegen bei Bürgermeister Erhardt an und treffen gegen 15 Uhr in Aldingen ein. Erhardt ist soeben dabei, seinen Gemeinderat zusammenzutrommeln; gegen 16.30 Uhr hat er ihn komplett. Unter dem Druck der drohenden Zwangsvereinigung, die auch für Aldingen nur Nachteile hätte, siegt endlich die Vernunft, der Durchbruch in der Namensfrage gelingt. Man einigt sich auf den ebenso einfachen wie unverfänglichen Passus: »Die neugebildete Gemeinde erhält vorläufig den Namen Aldingen am Neckar«. Bürgermeister Erhardt vollzieht daraufhin die Unterschrift. Noch misstrauen ihm die Kollegen; doch Erhardt setzt sich wirklich ans Steuer seines Wagens, und alle fünf fahren sie nach Stuttgart. Beim Regierungspräsidium übergeben sie das Dokument dem diensthabenden Wachmann. Der vermerkt gewissenhaft die Uhrzeit auf dem Briefumschlag: Es ist 19.30 Uhr, viereinhalb Stunden vor Ablauf der Frist. Auf der Heimfahrt wird dann in einer Mühlhausener Gaststätte Halt gemacht, bis es dreimal ein Uhr schlägt.

### *Von »Aldingen« nach »Remseck«*

Das heutige Remseck war damit die letzte aller freiwilligen Fusionen im Land. Wenn nun im Parlament die Rede davon gewesen war, dass die Ortsteile der Fünferunion hervorragend zueinander passten, so mochte das von außen besehen richtig sein. Die feinen Unterschiede in der Mentalität kannten ohnehin nur die Eingeweihten. Aber es gab noch andere Trennlinien. Der Neckar zum Beispiel war bis 1938 Bezirks-



*Pattonville 1955, als es noch ganz neu und amerikanisch war.*

grenze: hier Oberamt Ludwigsburg, da Oberamt Waiblingen. Gemessen am Steuer-  
aufkommen pro Kopf lag Aldingen noch vor Ludwigsburg, und im Sparstrumpf  
steckte eine volle Million.

Das Aldinger Wirtschaftswunder hatte 1954 begonnen, mit dem Bau von Patton-  
ville. Damals freilich war man noch Sturm gelaufen gegen die Amerikanerstadt, mit  
dem Argument: Ein Dorf wie Aldingen verkrafte eine Ausländersiedlung solchen  
Ausmaßes nicht, Ludwigsburg könne dieses Pattonville mit Vergnügen haben. Erst  
später merkte man, dass es dafür Jahr um Jahr 2 bis 3 Millionen Mark Schlüssel-  
zuweisungen gab – wobei die Amerikaner den Gemeindegeldbeutel so gut wie nichts  
kosteten.

Ein Leserbrief aus Aldingen unkte deshalb 1974: »Aldingen wird keine Friedhofs-  
kapelle erhalten, solange man in anderen Gemeinden der Fünferunion nicht weiß, wo  
man die Toten beerdigen soll. Man kann in Aldingen weder ein Regenrückhalte-  
becken noch den Ausbau des Holzbachbettes erwarten, wenn in einer anderen  
Gemeinde noch die Kanalisation fehlt. Aldingen wird also in den nächsten zehn  
Jahren nur zu zahlen haben.«

Derlei Missgunst und Eifersüchteleien hätten der neuen Gemeinde das Leben tat-  
sächlich schwer machen können. Doch der Gemeinderat übt sich in Disziplin und  
leistet von Anfang an gute, konstruktive Arbeit. Vor allem aber vermeidet er es, irgend-  
welche Ortsteilsüppchen zu kochen. Gut auch, dass der neue Bürgermeister von  
außen kommt und dass man sich mit etwas Mühe auf einen neuen Gemeindegamen

verständlich. Peter Kuhn, damals 36 Jahre alt, ist der richtige Mann, um aus fünf Ortsteilen eine Gemeinde zu machen. Voller Tatendrang ist er, und Bürgermeister mit Leib und Seele. Die Hauptverwaltung nimmt ihren Sitz im fast neuen Neckarremser Rathaus, das Ortsbauamt residiert im Aldinger Schloss und die Finanzverwaltung im Neckargröninger Rathaus.

Aber noch immer führt die Gemeinde den Namen Aldingen. Der allein besitze draußen in der weiten Welt einen gewissen Bekanntheitsgrad, sagen die Lokalpatrioten. Jenseits des Neckars entgegnet man ihnen: »Neckarrem« beschreibe doch akkurat den geografischen Mittelpunkt der neuen Gemeinde an der Remsmündung. – Nein, dann lieber gleich einen ganz neuen Namen, meinen die Hochberger und die Hochdorfer, und sie ersinnen ein »Remsmünde«. Bis dann Karl Rohm, der Neckargröninger Lehrer und Heimatforscher, den Stein der Weisen findet, und der heißt schlichtweg so wie jenes Schlösslein auf der Höhe: »Remseck«. Am 1. Juli 1977 wird der Name amtlich, und es gibt auch ein neues Wappen dazu.

Dass in den Jahren der Kommunalreform noch rasch diverse Vorhaben auf den Weg gebracht wurden, war landauf, landab nichts Ungewöhnliches. Die Remsecker Ortsteile hatten sich etliche Schulbauten und ähnlich notwendige Dinge gegönnt. Auch sie trugen also einen Berg von Altschulden zusammen, der 1975 mit 13 Millionen Mark zu Buche stand. So waren beim noch unfertigen, 20 Millionen teuren Bildungszentrum 8 Millionen Mark nicht gedeckt. Der Kassensturz ergab, dass die neue Gemeinde mit Verbindlichkeiten von 21 Millionen Mark startete. Ließ sich so überhaupt Kommunalpolitik machen? Mit einem Vermögenshaushalt, der 1975 fast zur Hälfte kreditfinanziert war?



*Remseck, das Schlösschen auf dem Bergsporn über der Remsmündung, stand Pate bei der Namensgebung. Aquarell von 1853.*

Dabei war der Nachholbedarf an Infrastruktur enorm. Nehmen wir das Beispiel Hochdorf. Der dortige Bürgermeister Schneider schrieb sich noch im September 1973 seinen ganzen Kummer von der Seele: Kindergartenbau und die begonnene Kanalisation haben Hochdorf bereits an die Grenzen seiner finanziellen Möglichkeiten gebracht. Aber weitere 3 Millionen Mark sind nötig für neue Abwasserkanäle, für die Erneuerung der Wasserleitung und den Anschluss an die Kläranlage Poppenweiler. Und wörtlich lesen wir dann weiter: »Alle Ortsstraßen müssen ausgebaut werden, weil sie sich in einem miserablen Zustand befinden. Schon mit dem Ausbau der kurvigen und engen Ortsdurchfahrten werden auf die Gemeinde Millionenbeträge zukommen.« Dazu die Feldwege, die Feuerwehr, ein neuer Friedhof – überall müsste investiert werden. Und Schneiders Wunschliste schließt mit dem Seufzer: »Davon kann die Gemeinde im wahrsten Sinne des Wortes nur träumen«, bei einem Haushaltsvolumen von knapp 900 000 Mark.

Ähnliche Defizite gab es in den anderen Ortsteilen, wenngleich nicht derart geballt. Bei den Stuttgarter Zeitungen wurde die »notorisch klamme Gemeinde Remseck« zur stehenden Redewendung. Und das war mehr als ein Prestigeproblem. Denn wer hört schon gern, dass er aus der am höchsten verschuldeten Gemeinde des Landkreises kommt? Wer wollte sich mit solch einer Gemeinde identifizieren?

Dass gleichzeitig eine respektable Infrastruktur im Entstehen war, wurde ja draußen kaum wahrgenommen. Denn Remseck hat sein Geld zu jener Zeit buchstäblich in der Erde vergraben. Der Bau ungezählter Regenrückhalte- und Regenüberlaufbecken beginnt. Neubaugebiete wie die Neckarhalde, Landäcker, die Fuchsgrube oder Östlich Silberstraße haben Kapazitätserweiterungen an den Kläranlagen zur Folge. Bevor überhaupt Sanierungsmaßnahmen in den Ortskernen einsetzen können, muss beispielsweise in Hochdorf 1978 erst einmal der Strombach verdolt werden. »Abwasserbeseitigung treibt Gemeinde in den Ruin«, meldet daher 1979 die Ludwigsburger Kreiszeitung.

Am 15. Januar 1976 kommen in Hochbergs Halle mehr als 250 Bürger aus allen fünf Ortsteilen zusammen. Sieben Arbeitsgruppen formulieren die Entwicklungsziele der Gemeinde Remseck. Manches ist damals vorausgedacht worden, was heute vor der Realisierung steht, und dazu gehörte vor allem eine neue Mitte für die Gemeinde. Freiberg war bereits mit Erfolg dabei, sich solch ein Zentrum zu schaffen und damit zugleich ein einigendes Wir-Gefühl.

In Remseck aber brannte zunächst die Verkehrssituation auf den Nägeln. Außer in Neckargröningen fuhr man immer noch mitten durch die alten Ortskerne. Also erhielt beispielsweise Neckarrems 1977 eine Umgehungsstraße. Doch blieb sie eine halbe Sache, solange die Straße nach Hochberg so schmal und kurvig war, dass sie nicht nur für LKWs gesperrt wurde, sondern auch für den Linienbus. Wie sollten die Ortsteile da zusammenwachsen? Ging es doch für Bürgermeister Kuhn und seinen Gemeinderat darum, das Gemeinwesen Remseck von innen her zu gestalten. Räume der Begegnung wurden geschaffen, von der Alten Gemeindehalle Hochberg bis zum Kleeblattheim. Das Jugendreferat und die Jugendmusikschule, die Schulen und die Sportanlagen wurden für die Remsecker Jugend zum Fundament einer gemeinsamen Identität. Das Radwegenetz, die beiden Holzbrücken über Neckar und Rems stehen für das Aufeinander-Zugehen und das Zueinander-Finden. Am 1. November 1988 ziehen Autokräne das 160 Tonnen schwere, an Land montierte und 80 Meter lange Fachwerkteil des Neckarstegs über den Fluss. Zusammen mit seinem Gegenstück, dem Remssteg, wird er zum Remsecker Markenzeichen. 2008 ist die Partie am Hechtkopf mit dem »Bootshaus« komplett.

## *Zwei Geniestreiche*

Doch zurück ins Jahr 1990. Aldingen bekommt seine Westtangente, im Haushalt stehen jetzt sage und schreibe 14 Millionen Mark für Baumaßnahmen bereit. Doch woher mit einem Mal das viele Geld? Nun, es war vielleicht ein riskantes Unterfangen. Aber am Ende ist die Sache mit den »Halden« gut gegangen.

Dort hatte, wie berichtet, die Neue Heimat Städtebau 1972 das 36 Hektar große Gelände erworben. Weil der Wohnbaukonzern unterdessen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, will er den Handel rückgängig machen und verlangt von den einstigen Grundstücksbesitzern sein Geld zurück, einschließlich eines satten Mehrwerts. Denn die Kaufverträge sind noch nicht rechtswirksam. Daraufhin fasst sich der Gemeinderat ein Herz und übernimmt im November 1987 für 16 Millionen Mark die Hinterlassenschaft der Neuen Heimat. Obwohl Remsecks Kontingent an Bauland bereits weitgehend ausgeschöpft ist, dürfen die »Halden« komplett überbaut werden und sind so 20 Jahre lang eine wahre Goldgrube für die Gemeinde.

Eine andere Geldquelle versiegt, als 1992 die amerikanischen Soldaten aus Pattonville abziehen. Es ist Remsecks zweiter Geniestreich, den Bürgermeister Kuhn jetzt landet: Remseck gründet zusammen mit Kornwestheim und Ludwigsburg einen Zweckverband, und der erwirbt Ende 1994 um 94 Millionen Mark die komplette Amerikanerstadt. Nach einem Markungsausgleich mit Kornwestheim wird Pattonville zu Remsecks sechstem Ortsteil. Sanierung, Nachverdichtung und abrundende Bebauung können beginnen.

Es sind aber nicht nur jene drei Millionen Mark Schlüsselzuweisungen, die jetzt in der Remsecker Rathauskasse fehlen. Während die Kreisumlage binnen fünf Jahren um die Hälfte steigt, lassen Rezession und deutsche Einheit die staatlichen Zuschüsse immer spärlicher fließen. Gleichzeitig bricht der Immobilienmarkt ein; aber dennoch



*Ein Remsecker Markenzeichen: Die glasgedeckten Fußgängerbrücken mit Hechtkopf und »Bootshaus« an der Remsmündung.*

braucht Pattonville Grundschule und Kindergarten. Zu allem Überfluss laufen beim Umbau der einstigen Middle School die Kosten davon; sie soll zur Realschule Remseck werden. Lang gehegte Pläne verschwinden in der Schublade, andere Dinge sind wichtiger: Neue Klassenräume zum Beispiel, weil sich ein Schülerberg aufbaut.

Am 21. Juli 1997 beginnt der Stadtbahnbau; Bürgermeister Kuhn beißt mit der Baggerschaufel in die Neckargröninger Erde. 1999 will er grünes Licht für die erste Fahrt geben. Doch dazu kommt es nicht. Am 20. März 1998 erklärt er seinen Rücktritt mit den Worten: »Remseck kann sich in diesen schweren Zeiten keinen kranken Bürgermeister leisten«. Zu seinem 70. Geburtstag 2009 erhält Peter Kuhn dann die höchste Auszeichnung, die eine Gemeinde zu vergeben hat: die Ehrenbürgerwürde. »Mein Amt war meine Lebensaufgabe«, das sind damals seine Worte.

### *Konsolidierungskurs und Große Kreisstadt*

Am 5. Juli 1998 wählen die Remsecker seinen Nachfolger: Karl-Heinz Schlumberger. Und am 22. Mai 1999 laufen die ersten Stadtbahnzüge der Linie U 14 die Endhaltestelle an. Ein ausgeklügeltes Stadtbussystem verbindet seither die Ortsteile. 29 Millionen Mark hat die Gemeinde im Durchschnitt jener Jahre investiert. Gewiss, es waren Investitionen in die Zukunft. Doch sie hat sich dabei so hoch verschulden müssen, dass sie finanziell kaum noch handlungsfähig ist. Landrat Haas macht Mut mit den Worten: »Die Gemeinde Remseck ist derzeit arm, aber sie verfügt über alle notwendigen Einrichtungen.«

Bürgermeister Schlumberger nimmt sich die Ausgabenseite vor, er stellt lieb gewordene Strukturen auf den Prüfstand. Beim Neujahrsempfang 1999 fordert er den Abschied vom bisherigen Anspruchsdenken. Und siehe da: Es gibt so manche Punkte, bei denen man ansetzen kann. Das reicht von der Reform der Verwaltung bis zur Umstrukturierung der Vereinsförderung oder des Feuerwehrwesens.

Dabei verlagert der Gesetzgeber immer mehr Zuständigkeiten auf die Kommunen, vor allem im sozialen Bereich. Er schreibt hohe Standards fest, etwa den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ohne den Gemeinden einen finanziellen Ausgleich zu verschaffen. Dennoch trägt der Remsecker Konsolidierungskurs seine Früchte. Man lebt nicht mehr auf Pump, sondern baut die Verschuldung deutlich ab.

Ein neuer Flächennutzungsplan ist in Vorbereitung. Bürger und Gemeinderat kommen dabei zu dem Schluss: Remseck braucht in den nächsten 15 Jahren ein gemäßigtes Wachstum. Neubaugebiete sollen erschlossen werden. Die Gemeinde ist und bleibt eben in der Hauptsache ein bevorzugter Wohnstandort. Und wenn auch die Ausweisung neuer Baugebiete erhebliche Folgekosten nach sich zieht, von der Kanalisation bis zum Kindergartenplatz: Grundstücksverkäufe sind für Remseck immer noch die erste Wahl, wenn es gilt, die kommunalen Finanzen aufzubessern. Doch allein schon mangels Angebot und Nachfrage werden sie künftig nicht mehr die Rolle spielen wie bisher.

Remseck ist 25 Jahre alt, als ein Baby just zum Jubiläumsjahr 2000 die Gemeinde in eine heiße Debatte stürzt: Aufstieg zur Großen Kreisstadt – Ja oder Nein? Denn der ist jetzt mit 20 000 Einwohnern möglich. Eine Bürgerversammlung folgt. Im April 2003 geht der förmliche Antrag auf Stadterhebung nach Stuttgart, und an Neujahr 2004 beginnt die Geschichte der Großen Kreisstadt Remseck. Am 19. Januar 2004 kommt Ministerpräsident Teufel selbst zum Festakt in die Hochberger Bürgerhalle und über-

reicht die Urkunde zur Stadterhebung. Eines dürfte mittlerweile unübersehbar geworden sein: Die Stadt Remseck hat ihren Stellenwert im Umland zwischen Stuttgart und Ludwigsburg seither entscheidend gefestigt.

Mit dem Etikett »Große Kreisstadt« ist der finanzielle Spielraum freilich keineswegs größer geworden. Mehr als die Hälfte aller Einnahmen bleibt an das gesamtwirtschaftliche Auf und Ab gekoppelt, als da sind: Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Schlüsselzuweisungen und wie sie alle heißen. Die Gemeindesteuern, also Grund- und Gewerbesteuer, machen ganze 22 Prozent des Etats aus. Um auf Konsolidierungskurs zu bleiben, durchforsteten Arbeitsgruppen des Gemeinderats Jahr für Jahr den Haushalt. Das Haus der Feuerwehr links des Neckars bleibt dabei vorerst die eine große Investition.



*Pattonville im Mai 2014.*

*Die John-F.-Kennedy-Allee trennt den Kornwestheimer Teil von Remsecks sechstem Ortsteil (rechts). Aufsiedlung und abrundende Bebauung gehen ihrem Ende entgegen.*

Intelligente Lösungen sind gefragt. So findet sich im Rathaus Neckarremms Platz für zusätzliche Büroräume, und selbst die zentrale Registratur kommt noch unter. Oder das Haus der Jugend: Im Frühjahr 2005 nimmt ein Kran die Einzelteile des Gebäudes an den Haken und versetzt sie von der Neckarkanalstraße auf das betonierte Untergeschoss an der Meslay-du-Maine-Straße. Hier findet nun auch die Jugendmusikschule zu einem Teil ihre Heimat.

In Pattonvilles Mitte steht bereits das Dienstleistungszentrum, der »Pattonpoint«. Ein Discounter und ein Supermarkt siedeln sich an. 2006 öffnet das Bürgerzentrum, und auch in Pattonville gibt es jetzt ein Kleeblattheim. Getreu dem Konzept der kurzen Wege bietet der Pattonpoint II Gewerbeflächen für Handel und Dienstleistung unter seinem Dach, aber auch eine Kinderkrippe findet Platz. Heute hat die junge »Stadt im Grünen« bereits ihren zweiten Sportplatz und Kindergarten Nummer fünf. Mehr als 6000 Einwohner zählt sie, letzte Baulücken werden geschlossen, und 2016 wird die Aufsiedlung wohl beendet sein. Nebenbei gesagt: Der Schuldenstand ist eine glatte Null.

### *Remseck trotzt der Finanzkrise*

Remseck trennt sich derweil von lieb gewordenen Dingen, konzentriert sich auf die Daseinsvorsorge. So entgeht die Aldinger Mühle nur mit knapper Not dem Abbruch. Gerade noch rechtzeitig findet sich ein Investor, der sie gastronomisch nutzt. Den Verkaufserlös fressen sogleich drastische Einbrüche bei der Gewerbesteuer auf. Und auch das Aldinger Schloss wäre für die Stadt nur ein unrentables Sanierungsobjekt gewesen. Die Bietigheimer Wohnbau-Gesellschaft hat es zum Wohnhaus gemacht und hier sichtbare Historie mit modernem Ambiente verbunden, freilich um den Preis erheblicher Instandsetzungsarbeiten.

Und schließlich gibt es auch das: Als im schneereichen Winter 2006 ein Hallendach in Bad Reichenhall einstürzt, wird aus Aldingen Gefahr im Verzug gemeldet und die Kleinsporthalle gesperrt. Der Neubau einer Drei-Feld-Halle, 2007 begonnen und 2009 eröffnet, war mit satten 3,8 Millionen Euro das größte Bauprojekt jener Jahre.

Ein Glück nur, dass dies zugleich recht ertragreiche Jahre waren. Die florierende Wirtschaft spülte unerwartet hohe Einnahmen in Remsecks Stadtsäckel. 2008 wurde dann sogar zum besten Finanzjahr der Stadt: Aus dem laufenden Betrieb flossen 8 Millionen Euro in die Sanierung und den Neubau öffentlicher Gebäude. Der drastische Schuldenabbau seit 1997 von 20 Millionen Euro auf 6 Millionen hatte zudem die Zinslast erheblich vermindert.

Doch dann kam die Finanzkrise des Jahres 2008, und ihr folgten massiv wegbrechende Einnahmen. Für die Haushaltsjahre 2010 bis 2012 hieß das: 15 Millionen Euro Mindereinnahmen. Nur gut, dass Remseck die fetten Jahre weidlich genützt hatte, um den Sanierungsstau bei Schulen und Kindergärten aufzulösen. Ja, die Stadt verstand es sogar, das Beste aus der Finanzkrise zu machen. Als nämlich Bund und Land ihre Konjunkturpakete schnürten, fackelte Remseck nicht lang und griff tief in die Fördertöpfe: 4 Millionen Euro war am Ende die Ausbeute. Mit der Folge, dass nun der Spaten immer öfter zum Handwerkszeug der Verwaltungsspitze gehörte, mit dem sie herzhafte in den Mutterboden stach. In Aldingen und Hochdorf sind es zwei Kindertagesstätten, die komplett umgebaut und um Neubauten ergänzt werden. Hochberg bekommt einen nagelneuen Kindergarten Waldallee, und die Realschüler





*Umgebaut und neu genutzt:  
Das Aldinger Schloss vereint seit 2014 Historie mit modernem Ambiente.*

dürfen sich in Pattonville über einen Erweiterungsbau freuen. Ärgerlich nur, dass die Kosten statt der ursprünglich veranschlagten 3 Millionen Euro zunächst bei genehmigten 4 Millionen und nach der Abrechnung schließlich bei 4,4 Millionen angelangt sind.

Dank einer Stiftung gibt es ein Haus der Bürger, wo sich zusammen mit der Bürgerstiftung bald viel ehrenamtliche Arbeit entfaltet. Hochdorf erhält 2011 eine neue Gemeindehalle, gefördert aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Und dann, im September 2012, ist das Feuerwehrhaus Rechts des Neckars betriebsfertig. Die Remsecker Wehr hat sich damit binnen eines Jahrzehnts völlig neu ausgerichtet. Vorbei die Zeiten, als man sich 1975 nur mit Hängen und Würgen auf einen gemeinsamen Kommandanten verständigen konnte, im Übrigen aber auf fünf eigenständigen Abteilungen beharrte. Heute zählen nicht mehr irgendwelche Ortsteil-Paritäten, sondern ausschließlich einsatztechnische Gesichtspunkte. Und, man höre und staune: Derartige Überlegungen machen mittlerweile auch vor Kreisgrenzen nicht mehr halt. Denn aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Waiblingen ist im Feuerwehrhaus Rechts des Neckars seit September 2015 eine Drehleiter stationiert, die auch für Einsätze in Hohenacker und Bittenfeld zur Verfügung steht. Ein klarer Vertrauensbeweis also für die Remsecker Wehr. Und was das Beste daran ist: Diese Zusammenarbeit mit dem Nachbarkreis wurde mit der außerordentlich hohen Förderquote von zwei Dritteln der Kosten honoriert.

Remseck ist Schlusslicht unter den 25 Großen Kreisstädten der Region. Schlusslicht, was die Ausgaben für seine Verwaltung betrifft. Und das ist sehr gut. Remseck ist aber auch Schlusslicht beim Aufkommen der Gewerbesteuer. Und das ist nun weniger gut. Zudem sind arbeitsintensive Unternehmen Mangelware. Aus dem Aldinger Gewerbegebiet freilich ließe sich mehr machen. Seine Aufwertung ist im Gang, und einen neuen Namen hat es auch schon bekommen: »Gewerbepark Aldinger Schleuse«. In Neckargröningen wird es zusätzliche Flächen geben, denn die Erweiterung von Rainwiesen II ist beschlossene Sache.

### *Lebenswerte Stadt*

Es lässt sich aber auch gut wohnen hier in Remseck, freilich nicht ganz billig. Landtagspräsident Wolf hat beim Neujahrsempfang 2013 darauf hingewiesen: Die Remsecker Mietpreise halten im Spiegel-Ranking den Platz 30 unter Deutschlands Städten. Nehmen wir auch das als weiteres Indiz dafür, dass Remseck zu den angesagten Wohnorten im Speckgürtel von Stuttgart gehört. Zugleich heißt das: Wer in Remseck wohnt, erwartet mehr als eine dörflich-ländliche Infrastruktur. Betreuung und Bildung stehen dabei an vorderster Stelle, sind doch die knapp 25 000 Remsecker jünger als der Bundesdurchschnitt. Und gerade da kann die Stadt punkten, nachdem sie Jahr um Jahr neue Kitas gebaut, vorhandene saniert und erweitert hat.

Selbst die gesetzlichen, gesellschaftspolitisch gewollten Vorgaben mit ihren hohen Standards für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren konnten geschultert werden. Remseck hat hierbei eine Versorgungsquote von 40 Prozent erreicht. Und mit dem Bau und der Ausstattung von Räumen ist es ja längst nicht getan. Selbst wenn die Suche auf dem ziemlich leergefegten Markt für Erzieherinnen erfolgreich ist, braucht es weiteres Personal für Reinigung, Verwaltung und Organisation. Auf diese Weise hat sich der Personalstand im Erzieherbereich binnen weniger Jahre mehr als verdoppelt. Alles in allem sind es 16 Kindertageseinrichtungen in Remseck, dazu sechs weitere Tagesstätten in Pattonville. Ganztagesbetreuung, Kinderkrippe und Kleinkindbetreuung – alle Formen sind vertreten. Nicht zu vergessen die Horte in Aldingen, Neckarrems und Pattonville und die Kernzeitbetreuung an fünf Grundschulen.

Doch erinnern wir uns an die Zeit vor 40 Jahren: Der Landesregierung ging es damals mit der Gemeindereform ja nicht nur darum, die Effizienz der Verwaltung zu verbessern. Vielmehr sollten die größeren kommunalen Einheiten imstande sein, alle Schuleinrichtungen, alle Sport- und Kultureinrichtungen zu tragen. Heute haben wir eine Grundschule in jedem Ortsteil. Die Realschule in Pattonville ist erweitert und in Teilen saniert worden. Das Bildungszentrum, mittlerweile ausschließlich Domizil des Lise-Meitner-Gymnasiums, wird ab Herbst 2015 eine generalüberholte Sporthalle und zwei neu gebaute Gymnastikräume sowie einen Kletterturm haben. Daraus werden sich auch den Vereinen neue Chancen eröffnen, insbesondere für den Gesundheits- und den Seniorensport. Kostenpunkt hier: rund 6 Millionen Euro. Die Wilhelm-Keil-Schule in Aldingen schließlich ist seit dem letzten Schuljahr eine Gemeinschaftsschule. Sie bietet den Haupt- und Realschulabschluss, nach der 10. Klasse ist der Übergang aufs Gymnasium möglich.

Nun ist es ja eine ausgemachte Sache, dass die Bindung an einen Ort immer dort besonders eng wird, wo man zugleich arbeitet und wohnt. Ein klarer Minuspunkt

also für Remseck mit seinem hohen Anteil an Auspendlern. Den müssen die weiterführenden Schulen ausgleichen. Denn hier wird nicht mehr nach sechs Ortsteilen unterschieden; hier sitzen ganz einfach Remsecker Jugendliche im Unterricht: An der Gemeinschaftsschule in Aldingen ebenso wie an der Realschule in Pattonville oder am Gymnasium.

Vieles andere muss hier ausgespart bleiben. Allein in Sachen Vereine gäbe es ja einen ganzen Katalog von Angeboten für Freizeit und soziale Kontakte zu nennen. Oder denken wir an die sportlichen und kulturellen Ereignisse, die Aldinger Kirbe, die Feste an den Feuerwehrhäusern und das Neckarremser Straßenfest. Neckargröningen hat 2006 sein 1200-Jahr-Fest gefeiert, und Hochdorf folgte 2011 mit 850 Jahren. Nicht zu vergessen die ortsteilübergreifenden Events, die Sportlerehrungen, Remsecks 25-jähriger Geburtstag oder die Feier zum 40-jährigen Bestehen der Partnerschaft mit Meslay-du-Maine.

Kaum ein Ende fände sich, wollte man jetzt noch all die Sanierungsmaßnahmen der letzten Jahre aufzählen. Aber sie begegnen ja auf Schritt und Tritt, in allen Ortsteilen: In der Cannstatter Straße oder in der Wasenstraße oder, als jüngstes Beispiel, im oberen Bereich der Ludwigsburger Straße. Ja, selbst die vielgeplagte Hauptstraße in Hochberg putzt sich heraus, so gut es geht.

### *Die Zukunft beginnt in der Neuen Mitte*

Apropos Hochberg: Das führt unweigerlich auf das Thema Durchgangsverkehr. Und der sucht diesen Ortsteil besonders arg heim. Fatalerweise ist es aber so, dass aufgrund der topografischen Lage nur eine große, sprich: teure Lösung das Übel an der Wurzel packen kann: ein Tunnel für 46 Millionen Euro. Bei 5000 Fahrzeugen in der engen Straßenschlucht mitten durch den Ort könnten Lkw-Fahrverbot und Pflörtnerampel allenfalls entlastende Maßnahmen sein.

Und dann der zweite, nicht minder schlimme Brennpunkt des automobilen Geschehens: die Remstalstraße. 33 000 und mehr Fahrzeuge quälen sich hier Tag für Tag über die Neckarbrücke. Der Dauerstau vervielfacht noch die Plage, den Lärm, die Abgase, den Feinstaub, den Dreck. Dabei ist Remseck immer noch außen vor, was die Umweltzone betrifft. Für Fahrzeuge mit gelber oder roter Plakette bieten sich auf Remsecks Straßen daher elegante Ausweichstrecken.

Die Probleme sind also nicht hausgemacht; um es noch einmal zu sagen: Remsecks Ortsteile werden vom Durchgangsverkehr überrollt. Es wäre folglich Sache der regionalen Planungsstellen, hier Abhilfe zu schaffen, mit einem Nordoststring. Der war jahrzehntelang auch im Gespräch; zuerst vierspurig, dann zweispurig, und nun ist er auf Eis gelegt. Ja, eine Neckarbrücke beim Stuttgarter Klärwerk, das wäre der große Wurf gewesen. Doch der gelang nicht, weil jeder sich selbst der Nächste ist. Kommunen machen da keine Ausnahme.

Nun hat Remseck aber den Vorteil einer natürlichen geografischen Mitte. Schon die Entwicklungsplanung von 1976 hatte darauf ein Auge geworfen, nämlich auf den Standort Rathaus Neckarremms und das anschließende Gelände am Neckar, will heißen: das Kieswerk. Hier sollte angesiedelt werden, was so eine Reformgemeinde an zentralen Einrichtungen braucht: ein Bürgerhaus, Veranstaltungsräume für größere Versammlungen und für die Erwachsenenbildung, dazu Arztpraxen, Gaststätte, Café, Grünanlage und Bootsanlegestelle.



*Blick auf Neckargröningen, Postkarte aus der Zeit um 1960.  
Der Verkehr auf der Neckarbrücke bereitete damals noch keine Sorgen.  
Rechts unten an der Mündung der Rems in den Neckar der alte Sportplatz von  
Neckarrems, auf dem zu Beginn der 70er Jahre das neue Rathaus erbaut wurde.*

Anderorts musste man sich ein Stadtzentrum erst noch schaffen und die Verkehrslinien mit viel Mühe daraufhin ausrichten. Remsecks Mitte war von Anfang an da. Nur: Sie ist bis heute leer geblieben. Andere, drängende Projekte bekamen Vorrang und beanspruchten die finanziellen Ressourcen. Außerdem wartete man voller Ungeduld auf den Nordostring. Hätte es wenigstens eine planerische Konzeption gegeben, stünde das Haus der Bürger heute vielleicht an zentralerer Stelle.

Am Ende war eine grundsätzliche Entscheidung unausweichlich: Sollten künftige Vorhaben nach Belieben in den Randgebieten angesiedelt werden, oder war es nicht besser, sie zu konzentrieren? Und zwar genau dort, wo Stadtbahn und Stadtbus längst einen Verkehrsknoten bilden? Wo jeder vorbeikommt, der den Öffentlichen Personennahverkehr benützt; wo folglich auch der Dienstleistungssektor einen optimalen Standort finden wird. Denn wer Augen hat zu sehen, weiß es längst: Ob ärztliche Versorgung oder Einkaufsmöglichkeit – die Ortsteile dünnen in dieser Hinsicht immer mehr aus. Und sie spiegeln dabei nur wider, was landauf, landab stattfindet.

So stand am Ende dieser Überlegungen 2008 das Ja zur Neuen Mitte. Ein Wettbewerb sollte dazu die planerischen Vorstellungen entwickeln. Im Siegerentwurf von 2011 wurde geradezu plastisch sichtbar, welche städtebaulichen und landschaftsgestalterischen Möglichkeiten sich hier boten. Um nicht weiter ins Detail zu gehen, sei nur auf die Bürgerbeteiligung hingewiesen, bei der sich nicht wenige Remsecker

mit Rat und Tat eingebracht haben. Nur so viel sei gesagt: Den ersten Abschnitt wird das Verwaltungsareal am Hechtkopfbilden, mit neuem Rathaus und Bürgersaal; Baubeginn wird 2016 sein.

Und da sind wir schon wieder bei Remsecks Erblast angelangt: Dem Durchgangsverkehr. Per Westrandstraße und Westrandbrücke soll er, wie der Name es schon sagt, an der Neuen Mitte vorbei und aus der Stadt hinaus gelenkt werden. Dann dürfte es auch möglich und sinnvoll sein, der Remstalstraße ein neues Outfit zu verpassen. Und 2019 wird die Remstal-Gartenschau vollends einen Hauch von City bescheren. Der Neckarstrand an der Remsmündung gibt ja bereits einen Vorgeschmack darauf, wie die bis dato brach liegende Flusslandschaft erlebbar werden kann. Das anschließende Grünprojekt wird sodann auch Hochberg in die Neue Mitte einbeziehen.

Gewiss, das alles ist nicht umsonst zu haben. Der öffentliche Bereich der Neuen Mitte wird wohl mit gut 22 Millionen Euro zu Buche schlagen, die Hälfte davon geht auf den Rathausbau. Gleich mehrere Gründe sprechen für diese Investition: Die Stadt erspart sich damit nicht nur die millionenschwere Sanierung der bestehenden Rathausgebäude, sondern auch Mietkosten über viele Jahre. Und zudem kann sie ja Verkaufserlöse gegenrechnen, zum Beispiel aus dem Neckargröniger Rathaus. Im Übrigen schmilzt die momentane Schuldenlast immer mehr zusammen; Ende 2015 dürften nicht viel mehr als 2 Millionen davon übrig sein.

Der dies alles in die Wege geleitet hat, ist nunmehr Ruheständler: Am 31. August 2014 hat Karl-Heinz Schlumberger sich zum letzten Mal von Amts wegen auf den Weg ins Rathaus gemacht, nach 16 Jahren im Dienste Remsecks und seiner Bürger. Für Kontinuität steht Karl-Heinz Balzer, seit 1992 Beigeordneter und Erster Bürgermeister. Die Pflöcke sind eingeschlagen, Oberbürgermeister Dirk Schönberger wird den Weg fortsetzen, dabei aber gewiss auch seinen eigenen Stil finden. Am 2. Oktober 2014 ist er ins Amt eingesetzt worden. Dass zu diesem Geschäft Geschick und Ausdauer beim Bohren dicker Bretter nötig ist, lehren die 40 Jahre Remseck. Und genau das ist ihm zu wünschen: Allzeit glückliche Hand und langer Atem.

## Quellen und Literatur

Stadtarchiv Remseck

Gemeinderatsprotokolle 1969–1974: Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargrönigen, Neckar-rems

Az. 020.1: Gemeindereform 1968–1975

Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1972/76.

Nikolaus Back: Von Filderlinden nach Filderstadt. Die Gemeindereform von 1975, Filderstadt 2000 (Filderstädter Schriftenreihe Bd. 14).

Manfred Bulling: Die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, in: Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 1–35.

Karl Römer: Die Gemeinde- und Kreisreform in Baden-Württemberg (1967 bis 1975), in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 68 (2009) S. 391–407.

Rolf Rommel: Die Gemeindereform im Schorndorfer Raum, in: Heimatblätter. Jahrbuch für Schorndorf und Umgebung 14 (1998) S. 101–152.

Dieter Schimanke: Verwaltungsreform Baden-Württemberg. Verwaltungsinnovation als politisch-administrativer Prozess, Berlin 1978.

